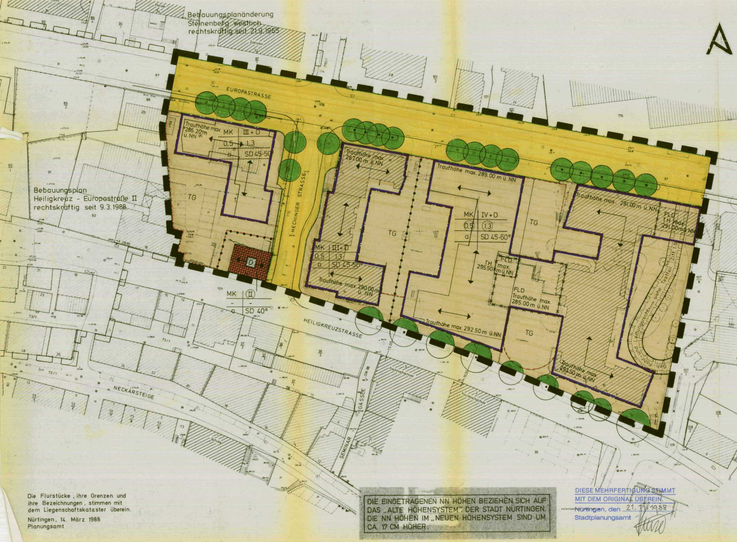


LEGENDE

gemäß Planzeichenverordnung 1981

Nutzungsschablone	Baugebiets-	Zahl der Vollgeschosse
	Grundflächen-zahl	Geschoßflächen-zahl
	Bauweise	Dachform/Dachneigung

FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 - 15 BauNVO)

MK — Kerngebiet (§ 7 BauNVO)

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 - 21a BauNVO und § 17 Abs. 1 und 2 BauNVO)

z.B. 0,5 — Grundflächenzahl - GRZ - (§ 19 BauNVO)

z.B. 1,3 — Geschoßflächenzahl - GFZ - (§ 20 BauNVO)

z.B. (1) — Zahl der Vollgeschosse - zwingend - (§ 17 Abs. 4 BauNVO)

z.B. III — Zahl der Vollgeschosse - Höchstgrenze - (§ 17 Abs. 4 BauNVO)

z.B. TH 291.00 u. u.N.N. — Höhe baulicher Anlagen - Höchstgrenze der Traufhöhe über N.N. (§ 16 Abs. 3 BauNVO)

BAUWEISE, BAUGRENZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO und § 7 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

- Baulinie (§ 23 Abs. 2 BauNVO)
- Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)
- Überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- nicht überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- offene Bauweise - (§ 22 Abs. 2 BauNVO)
- abweichende Bauweise siehe Textziff 1.11 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)
- Stellung der baulichen Anlagen - Hauptfirstrichtung (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- z.B. SD 35 - 50° — Satteldach - Dachneigung (§ 73 Abs. 1 Nr. 1 LBO)
- z.B. FLD — Flachdach (§ 73 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- öffentliche Straßenverkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- Straßenbegrenzungslinie nach gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRAUCHERN

- Anpflanzen von Bäumen (standortgerechte Laubhölzer) mit einer Wuchshöhe von 15 - 20 m und einem Kronendurchmesser von 8 - 10 m (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)
- Erhalten von Bäumen - siehe Textteil Ziffer 1.8 (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

SONSTIGE PLANZEICHEN

- Umgrenzung der Flächen für Tiefgaragen mit ihren Einfahrten (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
- Zweckbestimmung: TG Tiefgarage
- Geh-, Fahr- und Leitungsrecht siehe Textteil Ziffer 1.9 (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Abgrenzung verschiedener Festsetzungen (§ 16 Abs. 5 BauNVO)
- Abgrenzung unterschiedlicher Dachformen und Traufhöhen (§ 73 Abs. 1 Nr. 1 LBO und § 16 Abs. 3 BauNVO)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

KULTURDENKMALE

KD — Kulturdenkmal gemäß § 2 DSchG (Denkmalliste vom Februar 1981) (§ 9 Abs. 6 BauGB)

ERKLÄRUNG DER ABKÜRZUNGEN

BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
LBO	Landesbauordnung

BEBAUUNGSPLAN „HEILIGKREUZ-/EUROPASTRASSE I"

Planbereich 04.17

Vorgang: Bauleitverplan "Unterer Steinenberg (Ost).1"
genehmigt am 10.06.1939

RECHTSGRUNDLAGEN

1. Baugesetzbuch - BauGB - in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253).
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763) mit 3. Änderung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665).
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1981 - Planzv 1981 -) in der Fassung vom 30.7.1981 (BGBl. I S. 833).
4. Landesbauordnung - LBO - für Baden-Württemberg. Der Festsetzungsumfang dieses Bebauungsplanes nach § 73 LBO liegt die Landesbauordnung vom 01.04.1964 mit Änderung vom 02.04.1985 zugrunde.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 bis 21 a BauNVO, Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO), überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO) sowie die Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) entsprechend den zeichnerischen Festsetzungen, soweit im folgenden text nichts zusätzliches festgesetzt wird.

1.2 Im Kerngebiet sind aus den Katalog des § 7 BauNVO die folgenden Arten von Nutzungen (§ 7 Abs. 2 BauNVO) bzw. die folgenden einzelnen Ausnahmen (§ 7 Abs. 3 BauNVO) generell nicht zulässig (§ 1 Abs. 5, 6 und 7 Nr. 3 BauNVO):

a) Vergnügungsstätten (§ 7 Abs. 2 Nr. 2) auf sämtlichen Ebenen, die als Erdgeschosse bzw. als Flächen anzusehen sind, die von einer öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig erreichbar sind oder deren Erreichbarkeit über eine Treppenanlage möglich ist. Unter diese als geringeres Gefälle oder eine geringere Steigung als ein Normalgeschoß (1,30 m) hat.

b) Tankstellen im Zusammenhang mit Parkhäusern und Großgaragen (§ 7 Abs. 2 Nr. 5), Tankstellen, die nicht unter § 7 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO fallen (§ 7 Abs. 3 Nr. 1).

1.3 Im Kerngebiet sind gemäß § 7 Abs. 4 Nr. 1 BauNVO oberhalb des 1. Obergeschosses Wohnungen zulässig.

1.4 Die im Lageplan eingetragene Geschoßfläche kann gemäß § 21 a Abs. 5 BauNVO ausnahmsweise um die Fläche notwendiger Garagen, die unter der Geländeoberfläche hergestellt werden, erhöht werden, wenn dadurch keine anderen planungs- und baurechtlichen Verstöße entstehen.

1.5 Von der Europastraße (Fahrbahnrand) ist mit dem Baukörper in Erdgeschoß ein Mindestabstand von 7,50 m einzuhalten. Ab dem 1. Obergeschoß beträgt dieser Abstand mind. 6,00 m. Notwendige Stützen dürfen ausnahmsweise in Erdgeschoß in diesem Bereich innerhalb der Baugrenzen errichtet werden (§ 23 Abs. 1 BauNVO).

1.6 Nebenanlagen nach § 14 Abs. 1 BauNVO sind in der nicht überbaubaren Grundstücksfläche unzulässig. Ausnahmsweise können Nebenanlagen, welche dem festgesetzten Nutzungszweck und der Eigenart des Baugebietes nicht widersprechen und im räumlichen Zusammenhang mit den Hauptbaukörpern stehen, zugelassen werden.

1.7 Stellplätze und Garagen sind nur im Form von Tiefgaragen zulässig. Die Zu- und Abfahrten zu den Tiefgaragen müssen entweder von der Hechinger- oder von der Europastraße erfolgen (§ 9 Abs. 1 Ziffer 4 BauGB).

1.8 Straßenbautechnisch erforderliche Böschungen (Aufschüttungen und Abgrabungen) sowie Stützmauern innerhalb eines bis zu 2 m breiten Streifens entlang der Verkehrsflächen und bis zu 1 m Höhendifferenz, sind auf den Privatgrundstücken zu dulden. Aufschüttungen und Abgrabungen sind im ganzen Planungsgebiet, unabhängig von ihrer örtlichen, grundsätzlich genehmigungspflichtig (§ 73 Abs. 2 Ziffer 1 LBO). Bei Abgrabungen im Bereich der Heiligkreuzstraße muß auf das Wurzelwerk der vorhandenen Bäume Rücksicht genommen werden. Entsprechende Schutzmaßnahmen sind zu treffen (§ 9 Abs. 1 Ziffer 20 BauGB).

1.9 Mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des jeweiligen Eigentümers von Flst. Nr. 1027/1 (Heiligkreuzstraße 8) - Parkhaus - belastete Fläche, Leitungsrecht für öffentliche Versorgungsleitungen und Kanäle, ist die Mitbenutzung der Zufahrt zur Tiefgarage, wie sie im Lageplan dargestellt ist, zu dulden. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht mit einem Baustreifen überplant ist, muß eine Durchfahrtshöhe über der angrenzenden Straßen- und Gehwegfläche von mindestens 4,00 m i.L. eingehalten werden (§ 9 Abs. 1 Ziffer 21 BauGB).

1.10 Werbeanlagen sind nur zu Zusammenhang mit gewerblichen Einrichtungen (§ 1 Abs. 5 und 6) über der angrenzenden Straße zulässig (§ 73 Abs. 1 Ziffer 1 LBO).

1.11 Es gelten die Bestimmungen der offenen Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO), soweit abweichende Bauweise festgesetzt ist, sind Gebäudelängen über 50 m zugelassen und es darf entsprechend den in Lageplan dargestellten Baustreifen an die vorhandene Bebauung angebaut werden (§ 22 Abs. 4 BauNVO).

2. BAUGRUNDUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

2.1 Dachform und Dachneigung entsprechend den Eintragungen im Lageplan. Für die Dacheindeckung sind nur naturrote Ziegel zugelassen (§ 73 Abs. 1 Nr. 1 LBO).

2.2 Dachaufbauten sind zulässig. Der Abstand der Dachaufbauten von der Giebelwand muß mindestens 2 m betragen. Die Ansichtfläche der Dachaufbauten darf nicht mehr als Ansicht der Giebel als Fensterflächen auszuweisen. Für die Dacheindeckung ist das Material und die Farbe des Hauptdaches, für seitliche Außenflächen Putz, Holz oder Kupfer zu verwenden.

2.3 Dachreinschnitte sind nicht zulässig (§ 73 Abs. 1 Nr. 1 LBO).

2.4 Allgemein sind nicht zulässig:

a) Werbeanlagen außerhalb der Stätte der Leistung über 0,5 m² Größe (§ 73 Abs. 1 Nr. 2 LBO).

b) Automaten (§ 73 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

c) Mehr als eine Rundfunk- und Fernseh-Außenantenne auf Gebäuden (§ 73 Abs. 1 Nr. 3 LBO).

d) Niederspannungsfreileitungen (§ 73 Abs. 1 Nr. 4 LBO).

2.5 Die Fassaden sind mit verputzter oder putzähnlicher Oberfläche auszuführen. Für untergeordnete Bauteile (z.B. abgesetzte Wandteile, Gesimse, Balkonbrüstungen) sind Ausnahmen zugelassen, wobei glatte Oberflächen (z.B. Metall, Zement, Glas, geschliffene bzw. glänzende Naturmaterialien) und Kunststoffe ausgeschlossen sind. Für die äußere Gestaltung der Gebäude werden nur die Warmfarbtöne ocker, braun, umbra und grün in verschiedenen Farbvariationen sowie gebrochenes weiß zugelassen (§ 9 Abs. 4 BauGB und § 73 Abs. 1 Nr. 1 LBO).

HINWEISE

Die Stadt Nürtingen berechnet die Zahl der notwendigen Stellplätze in Garagenzufahrten in der Regel nach den Richtwerten des Garagenerlasses in seiner jeweils gültigen Fassung.

Mit dem Bauantrag ist ein Pflanzplan über die Begrünung der Freiflächen und über eine Fassadenbepflanzung vorzulegen.

Die eingetragenen Höhen über N.N. beziehen sich auf das alte Württembergische Höhensystem.

Auf die Meldepflicht von Bodenfunden (§ 20 DSchG i.d.F. vom 06.12.1983), insbesondere bei Bau- und Grabarbeiten, wird hiermit besonders hingewiesen.

Firmen sind Bauanträge, die den Untergrund berühren, für alle bislang nicht unbefestigte Bereiche, insbesondere für das Gelände westlich der Hechinger Straße, der Denkmalschutzbehörde zur weiteren Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt vorzulegen.

Da mit mittelalterlichen Siedlungsresten zu rechnen ist, können unterhalb der Baulinie in diesem Bereich nur nach vorausgehenden archäologischen Befundaufnahmen realisiert werden.

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom Gemeinderat beschlossen

am 29.9.1980

Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 27.4.1988 an auf die

Dauer eines Monats.

Als Satzung gemäß § 10 BauGB vom Gemeinderat beschlossen

am 6.9.1988

Unbedenklichkeitsbestätigung des Regierungspräsidium Stuttgart gemäß

§ 11 BauGB vom 26.10.1988

In Kraft gesetzt gemäß § 12 BauGB durch Bekanntmachung

in der Nürtinger Zeitung

am 19.11.1988

AUSFERTIGUNGSVERMERKE

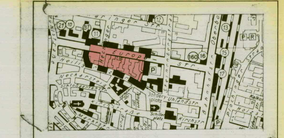
Der Ablauf des Verfahrens des Bebauungsplanes "Heiligkreuz-/ Europastraße I" im Planbereich 04.17 in Nürtingen entspricht den gesetzlichen Bestimmungen.

Dieser Lageplan mit Textteil vom 05.04.1988 / 15.06.1988 ist als Original Bestandteil des Satzungsbeschlusses des Gemeinderates.

Die vom Gemeinderat anerkannte Begründung trägt das Datum vom 14.07.1986

Nürtingen, den

A. Bachofer
Oberbürgermeister



BEBAUUNGSPLAN HEILIGKREUZ - EUROPASTRASSE I

04.17
621/4 Vfa

GEMARKUNG NÜRTINGEN PB. 04.17

STADT NÜRTINGEN
PLANUNGSAMT

5.4.88 HF	1:500	
15.6.88 HF		
DATUM / BEARBEITET	MASSTAB	AMTSLEITER